

**Bezugspreis:**  
Für den Monat September 200.— M.  
vierteljährlich 5.— M. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Danzig, Saar- und  
Rheingebiet, sowie Österreich und  
Luxemburg 148.— M. für das übrige  
Ausland 202.— M. Postbestellungen  
nehmen an Belgien, Dänemark, Eng-  
land, Estland, Finnland, Frankreich,  
Holland, Letland, Litauen, Dänemark,  
Schweeden, Schweiz, Tschecho-  
slowakei und Ungarn.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Volk und Welt“, der Unter-  
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der  
Beilage „Erziehung und Kleingarten“  
erscheint wochentlich zweimal, Sonntags  
und Montags einmal.  
Telegraphen-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die einpaltige Romanzeile  
kostet 40.— M. Reklamzeile 180.— M.  
„Kleine Anzeigen“ das letzte Wort  
12.— M. (zuletzt zwei letzte  
Wörter), jedes weitere Wort  
10.— M. Stellengedächte und Schil-  
denanzeigen das erste Wort 7.— M.,  
jedes weitere Wort 5.— M. Worte  
über 15 Buchstaben zahlen für zwei  
Worte. Familien-Anzeigen für Abon-  
nementen Seite 13.— M.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Gültigkeit  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-295  
und 2506-2507

Dienstag, den 12. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Handredaktion u. Inseraten-  
Abteilung: Dönhoff 2506-2507

## Lloyd George reist nach Genf?

Das Reparationsproblem vor dem Völkerbund.

London, 12. September. (WTB.) „Daily News“ berichtet, daß Lloyd George sich zur Völkerbundversammlung nach Genf begeben wird. Wie aus Genf gemeldet wird, wird sich Lloyd George in der Frage, ob es ratsam sei, das gesamte Reparationsproblem offen vor der Völkerbundversammlung darzulegen, zweifellos von dem Räte Balfours und der anderen britischen Delegierten leiten lassen. Es sei jedoch klar, daß ein derartiger Schritt vielseitige Zustimmung finden würde. Auch bestehe Grund zu der Annahme, daß die Franzosen solchen allgemeinen Erörterungen durchaus nicht abgeneigt seien. Einer weiteren Meldung aus Genf zufolge wird Lloyd George wahrscheinlich nächste Woche eine Rede vor der Völkerbundversammlung halten.

Der Londoner Berichterstatter des WTB. erzählt, daß eine Reife Lloyd Georges nach Genf zur Völkerbundversammlung nur „zur Behandlung einer großen Frage“ unternommen werden würde.

Wirth über die Verhandlungspause.

Berlin, 12. September. (WTB.) Reichskanzler Dr. Wirth gewährte gestern mehreren ausländischen Pressevertretern eine Unterredung über den Verlauf der Verhandlungen mit Belgien, in der er folgendes bemerkte:

Die deutsche Regierung hat ernstlich versucht, den Beschluß der Reparationskommission über die Barzahlungen dieses Jahres zu einem positiven Ergebnis zu machen. Dies war nicht leicht, da die Regierung als solche über besondere Sicherheiten nicht verfügt. Aber die autonome Reichsbank hat sich loyal zur Verfügung gestellt und sich bereit erklärt, die Schatzwechsel zu unterschreiben und damit zu garantieren. Sie stellt allerdings die Bedingung, daß die Laufzeit über 6 Monate hinaus verlängert werden müßte. Ferner war die deutsche Regierung bereit, mit der Industrie und den deutschen Privatbanken in Verhandlungen über eine subsidiäre Sicherheit einzutreten und auch die bereits bestehende Uebnahme eines Teiles der Garantien zu einem positiven Ergebnis zu führen.

Die kaufmännische Grundlage für ein Abkommen mit Belgien im Sinne des Beschlusses der Reparationskommission war also gegeben, und wenn es nur nach kaufmännischen Gesichtspunkten gegangen wäre, so wäre am letzten Sonnabend ein Abschluß erzielt worden. Wir hätten davon eine wesentliche Besserung der wirtschaftlichen und politischen Atmosphäre zu erwarten gehabt. Die Welt hätte sich aller Wahrscheinlichkeit nach gehoben und wäre auf Monate hinaus stabil geworden. Deutschland hätte sich für den schweren Winter einrichten können, und mit aller Ruhe hätte man die Vorbereitungen für die große Reparationskonferenz treffen können, von der die Ruhe Europas abhängt. Leider ist dies alles in Frage gestellt worden, weil die belgische Regierung an dem Schema des Beschlusses der Reparationskommission festhielt, der von sechsmonatigen Schatzwechseln spricht. Ich kann die Entscheidung der belgischen Regierung nicht kritisieren, sondern nur bedauern, weil sie weder unseren Interessen noch den Interessen der allgemeinen europäischen Sache dient. Ich kann nicht glauben, daß sich die Reparationskommission einer Regelung widersetzt hätte, wie sie in den Verhandlungen mit den belgischen Vertretern vorgesehen war und wie sie von diesen selbst als möglich betrachtet wurde.

Die Reparationskommission hat es auch jetzt noch in der Hand, das belgische Bedenken zu beseitigen, indem sie in eine Verlängerung der Laufzeit einwilligt. Dies wäre die einfachste Lösung der Lage. Aber man darf keine Zeit verlieren, denn in dem Zustand, in dem sich Deutschland befindet, bedeutet jeder Tag eine Verschlechterung der Finanzlage und damit eine Verminderung der Reparationskraft.

Die belgischen Vertreter haben bemerkt, daß sie das größte Interesse daran haben, die Verschlechterung der Welt aufzuhalten. Dies wollen auch wir. Aber wenn dies erreicht werden soll, wenn vermieden werden soll, daß die Entwertung der deutschen Valuta irreparabel wird, so darf kein Tag mehr verloren werden. Die deutsche Regierung ist zu jeder Regelung bereit, die sie nach gewissenhafter Prüfung vor dem deutschen Volke vertreten kann. Aber sie möchte es ablehnen, Verpflichtungen auf sich zu nehmen, von denen sie überzeugt ist, daß sie nicht erfüllt werden können und daß sie auch nachricht der Förderung des Hauptzweckes dienen, nämlich der endgültigen Lösung der Reparationsfrage und damit der endlichen Beruhigung Europas und der Welt.

**Pause, nicht Abbruch!**

London, 12. September. (WTB.) „Times“ melden aus Paris, es werde dort zugegeben, daß die Rückkehr der belgischen Delegierten aus Berlin nicht einen endgültigen Bruch bedeute. Die Hoffnung auf eine Regelung sei auf keinen Fall ausgegeben. Ein Vorschlag gehe dahin, diese Frage dem Völkerbunde zu überweisen.

London, 12. September. (WTB.) Der Pariser Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erzählt von maßgebender Seite, die Meinung Pariser Blätter, wonach die Berliner Verhandlungen mit Belgien gescheitert seien und nun die Verlängerung des Bezugs Deutschlands bevorstehe, habe sich keineswegs mit der Auffassung der Reparationskommission. Soweit bekannt, hatten die Belgier nicht die Forderung gestellt, daß ein Teil des Geldes der Reichsbank in eine ausländische Bank übergeführt werden solle. Man dürfe nicht außer acht lassen, welche Wirkung eine Entnahme von etwa 300 Millionen Goldmark aus der Reichs-

bank auf den Stand der Welt haben würde, und wenn dann die deutsche Welt der österreichischen Krone folge, so würde dies nach Ansicht maßgebender Persönlichkeiten eine Einstellung der Reparationszahlung für die nächsten Jahre bedeuten. Es bestehe daher immer noch Hoffnung, daß das Garantieproblem gelöst werde.

**Deutsche Wiederaufbauarbeit.**

Paris, 12. September. (WTB.) Das Aktionskomitee der zerstörten Gebiete nahm gestern nachmittag die Erklärungen seines Generalsekretärs Doucedame über die Vorschläge der deutschen Arbeiterverbände bezüglich einer größeren Lieferung von Material für den Wiederaufbau der befreiten Gebiete entgegen. Das Komitee nahm folgende Tagesordnung an: Das Aktionskomitee für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete fordert die deutschen Arbeiterorganisationen auf, Delegierte zu entsenden, damit diese mit den nötigen Vollmachten versehen in Paris mit dem Aktionskomitee verhandeln können. Doucedame erklärte in einem Schlusswort, daß die Unterzeichnung des Abkommens Stinnes-Lubersac einen Schritt vorwärts zu einer rationalen Methode des Wiederaufbaues bedeute. Er sprach die Hoffnung aus, daß die französische Regierung keine Einwendungen gegen das Abkommen erheben werde, denn das Bedürfnis nach einem solchen Vertrag mache sich in jeder Beziehung geltend.

**Der Dollar etwas gesunken.**

Infolge der Unsicherheit der politischen Lage ist das Geschäft am Devisenmarkt heute stark abgeflaut. Es kommen noch wie vor aus Kreisen der Industrie und des Großhandels ziemlich erhebliche Angebote an ausländische Zahlungsmitteln heraus. Infolgedessen liegen die Kurse ganz wesentlich unter dem gestrigen Niveau. Der Dollar wurde an der Börse mit 1490 bis 1510 gehandelt.

Die andauernde Geldknappheit drückt sehr auf das Geschäft an den Effektenmärkten. Die Spekulation sucht Ersatzstellungen vorzunehmen im Hinblick auf die zu erwartende weitere Verschärfung des Geldmarktes am Ultimo. Infolgedessen liegen die Kurse auf fast allen Gebieten des Effektenmarktes niedriger. Besonders gedrückt sind Basistapapiere, Schiffahrtswerte und die Papiere des unvollständigen Marktes; verhältnismäßig gut gehalten Montanwerte, Maschinenbauwerten und Chemische Werte.

Kursstabelle dritte Seite.

**Was wird aus Henning?**

Der Fall des deutschösterreichischen Reichstagsabgeordneten Major Henning ist hier schon mehrfach behandelt worden. Wir haben Major Henning vorgeworfen, verschiedentlich fälschliche Scheinbündler der Organisation C und reaktionäre Bänder mit Rat und Tat unterstützt zu haben. Neben den Fällen Claus und Baumgardt handelt es sich ganz besonders um den Fall Hörlein, in dem mehrere Personen der deutschnationalen Parteiliste Osnadbrück kompromittiert sind. Major Henning hat uns in dieser Sache verschiedentlich Verhörungen geschickt, die wir auf Grund des Preßgesetzes abgedruckt haben. Wir mußten aber und müssen heute noch dabei bleiben, daß die Beteiligung Hennings an der Verschaffung des an Erzberger-Mord beteiligten Hörlein unwiderrleglich feststeht. Wir behaupten nach wie vor, daß Henning für die Flucht des Hörlein sowohl einen solchen Pakt besorgt, als auch Geldmittel fälschlich gemacht hat. Hörlein ist später auf mysteriöse Art auf österreichischem Gebiet ermordet worden, wahrscheinlich durch ein „Hemmergericht“ der Organisation C. Hörlein hat sich selbst mehreren Personen gegenüber als Mithäter bei der Ermordung Erzbergers bezeichnet.

Wir behaupten aber weiter, daß diese Tatsachen auch den Gerichtsbehörden durchaus bekannt sind. Um so mehr muß es verwundern, daß bis heute noch nichts von einer Anklage oder einem Strafverfahren gegen Henning bekannt geworden ist. Auch beim Reichstag ist bisher kein Antrag der Staatsanwaltschaft auf Aufhebung der Immunität Hennings gestellt worden.

Wir können natürlich nicht voraussagen, wie der Reichstag sich zu einem solchen Antrag stellen würde. Aber selbst, wenn der Reichstag aus prinzipiellen Gründen eine Aufhebung der Immunität ablehnen sollte, so wäre Major Henning nichtsdestoweniger moralisch verpflichtet, selber eine Klärung der Sache herbeizuführen. Er wäre verpflichtet, wie das andere vor ihm schon getan haben, dann auf sein Mandat zu verzichten und sich dem Gericht zur Verfügung zu stellen. Dazu hätte er um so mehr Anlaß, als seine eigenen Wähler ihm wegen seines Verhaltens gerade auch im Fall Hörlein das schärfste Mißtrauen ausgesprochen haben.

Doch zunächst fragen wir: Was tun eigentlich die Gerichte, was tut die Staatsanwaltschaft in der Sache Henning, denen doch die Akten gegen den deutschnationalen Parteilistekler Landwehr-Osnadbrück und den deutschnationalen Tobritanten Meyer-Osnadbrück bekannt sein müssen?

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete hat bei der Rheinlandkommission feierlichen Protest gegen die Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Dr. Lange in Wiesbaden eingelegt und um Abgabe der Gründe für diese Maßnahme ersucht.

## Die Tragödie Griechenlands.

Im Jahre 1822 nahm Griechenland als erste der Balkanmächte den Kampf gegen die türkische Vorherrschaft auf. Unter dem Einfluß des klassischen Humanismus, dessen Repräsentanten in Deutschland neben Goethe und Schiller Herder und Wieland, in England Byron und Shelley waren, wurde die Bewegung in Europa mit Begeisterung begrüßt. Man sah in den Bewohnern Griechenlands die Nachkommen der alten Hellenen und erwartete von dem Freiheitskampf einen neuen „griechischen Frühling“. Die Sympathien für den Neuhellenismus gingen so weit, daß sich die Reihen der griechischen Korps mit Freiwilligen aus Deutschland und England füllten, und nicht die übelsten Elemente waren es, die auf den griechischen Schlachtfeldern ihren Tod fanden.

Man hat die Kräfte Griechenlands überschätzt. Zwar gelang die Befreiung vom türkischen Joch, aber die innere Befreiung wollte nicht recht von statten gehen; was an innerer Aufbauarbeit geleistet wurde, blieb in den Anfängen stecken, und Griechenland ist nicht der Kulturträger geworden, den man in dem ersten Jahrzehnt der Begeisterung in ihm sehen zu können hoffte. Wenn das so ist, so ist daran nicht zum geringsten Teil ein überpannter Nationalbegriff schuld, der die griechischen Staatsmänner von vornherein nach Zielen greifen ließ, die dem jungen Staatswesen um so weniger anstanden, als es verlag, seine Kraft den inneren Aufgaben zuzuwenden. Die Staatsfinanzen gerieten leicht in Unordnung, äußere Anleihen ließen es in Abhängigkeiten geraten, die für die innere Entwicklung auf die Dauer nicht legendarisch sein konnten, und die Wirtschaftspolitik war zeitweise von einer Kurzsichtigkeit, die nicht nur den Protest der europäischen Mächte, sondern auch den Spott der Biblätter herausforderte.

Auf dem außenpolitischen Programm Griechenlands stand schon im Jahre 1822 der Satz, daß „alle Bewohner der Türkei, welche an Jesus Christus glauben, in die hellenische Nation einbezogen sind“. Hier klingt zum erstenmal die Sehnsucht nach dem Besitz Kleinasien durch, hier zum erstenmal wird das Ziel angedeutet, das die Politik Griechenlands seither immer wieder maßgebend beeinflusst hat: Konstantinopel.

Im Jahre 1912 trat der Balkanbund, dem Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland angehörten, den Entscheidungskrieg gegen die Türkei an. Wenn sich das Verhältnis zwischen den Balkanstaaten und der Türkei auch schon vorher aufgelockert hatte, so bestanden doch noch immer Abhängigkeiten, wie sie für selbständige Nationen auf die Dauer nicht tragbar sind. Die führende Macht im Balkanbund war Bulgarien. Ohne die optimistische Haltung der bulgarischen Truppen wären die Siege über das türkische Heer nicht denkbar gewesen. Griechenland führte seine Truppen nur zögernd in den Kampf. Als aber Bulgarien nach beendetem Krieg für sich Osttrazien als Ausgang zum ägäischen Meer forderte, protestierte Griechenland dagegen, das Kriegsgewitter flackerte von neuem empor, und die ehemaligen Verbündeten Griechenland, Serbien und Montenegro (und weiter als neu eingreifende Mächte Rumänien) überfielen Bulgarien, das seine letzten Kräfte bereits im Kampf gegen die Türkei verausgabt hatte. Es war für Griechenland ein leichtes, seine Kräfte längs der thrakischen Küste vorzuschieben, und in Athen sah man bereits den jungen Konstantin an der Spitze seiner Truppen in Konstantinopel einziehen.

Der Traum Griechenlands ging nicht in Erfüllung. Es gelang den Großmächten, rechtzeitig abzubrechen, aber Griechenland trug aus dem Streit immer noch den Löwenanteil davon: ein Teil Albanien, Mazedonien und Thrazien wurden ihm zugesprochen. Das war ein Macht- und Landzuwachs, der dem kolonialistischen Bedürfnis des griechischen Volkes, das heute weit weniger stark ist als im Altertum, vollauf genügt hätte. Wenn eine Ausdehnung darüber hinaus trotzdem zum unverbrüchlichen Programm jeder griechischen Regierung gehörte, so liegt dem wieder jener überpannte Nationalismus zugrunde, der das Hauptgewicht auf eine Ausdehnung nach Osten legt, ohne den gefundenen Blick für die inneren Möglichkeiten zu behalten. Und wieder kamen den griechischen Wünschen äußere Ereignisse entgegen. Der Friede von Sevres, der das Schicksal der Türkei nach dem Weltkrieg besiegeln sollte, brachte ihnen die Unwirklichkeit auf das Gebiet von Smyrna in Kleinasien ein. Noch einmal fielen ihm Landteile ohne wesentliche Kraftanstrengungen zu. Wenn ihm Konstantinopel auch weiter vorenthalten blieb, so konnte es doch jetzt von zwei Seiten die Stadt umspannen.

Aber jetzt endlich zeigte sich, daß das Ausdehnungsbedürfnis der Völker Griechenlands in keinem Verhältnis zu der inneren Kraft des Landes steht. Mit dem Mandat über Smyrna hatte Griechenland die Rolle des Exekutivorgans Englands gegen die femalistische Opposition übernehmen müssen. Trotz einiger Siege vermochten die griechischen Besatzungstruppen den Widerstand niemals zu brechen und heute bezahlt Griechenland das Geschenk der Entente mit dem Verlust eines ganzen Heeres, mit einer weiteren Zerrüttung der Finanzen und

mit einer innerpolitischen Situation, die den Thron Konstantin von neuem bedroht. Wenn man in Konstantin nur den Vertreter der imperialistischen Träume Griechenlands sieht, dann kann man es verstehen, daß der Jörn des Volkes sich gegen ihn wendet. Nirgends tritt es so deutlich wie bei der Tragödie Griechenlands in Erscheinung, wie verderblich der Imperialismus ist, der die Völker daran verhindert, für das Wohl im Innern ihres Landes zu sorgen.

Auf der anderen Seite darf man allerdings nicht vergessen, daß auch Griechenland nur der Gestirne der Entente ist. Der Imperialismus der Großmächte, der Europa vor den Rand des Abgrunds geführt hat, setzt in Kleinasien sein zerstörerisches Handwerk fort. Was nützen die Kommissionen zur Untersuchung der Greuel, die die Türken gegen die Christen, die Griechen gegen die Mohammedaner verübt haben, solange die Imperialisten Europas es nicht lernen, ihre Machtansprüche durch ein menschlicheres und vernunftgemäheres Verfahren auszugleichen!

## England und die Orientkrise.

London, 12. September. (W.B.) Reuter meldet aus Malta: Zwei britische Batterien haben den Befehl erhalten, sich zum Abtransport nach Konstantinopel bereit zu halten. „Times“ melden, daß die alliierten Kommissare in Konstantinopel der Angoraregierung mitgeteilt haben, daß die Alliierten unter keinen Umständen irgendeine Verletzung der neutralen Zone, die den Bosphorus und die Dardanellen einschließt, durch die femalische Armee dulden werden. In britischen Regierungskreisen werde nach wie vor darauf gedrungen, daß es unbedingt notwendig sei, die thrazische und die Dardanellenfrage von allen Verhandlungen, die als unmittelbares Ergebnis der Operationen in Anatolien entstehen könne, auszuschließen.

Paris, 12. September. (W.B.) Nach einer Havas-Meldung aus London hat die britische Regierung der französischen Regierung mitgeteilt, daß angesichts der Schwierigkeiten, die sich im Orient entwickelt haben, eine Konferenz über die Regelung der Verhältnisse zwischen Griechenland und der Türkei in ihrer ursprünglichen Form gegenstandslos sei, und daß es sich nunmehr um die viel engeren Fragen einer allgemeinen Friedensregelung im Orient handele. Infolgedessen sei es notwendig, daß vor irgendeiner Zusammenkunft befriedigende Besprechungen zwischen den Kabinetten von London, Rom und Paris, sowie der Regierung von Ankara stattfinden, um die Verhandlungen über eine allgemeine Regelung der Orientfrage zwischen Europa und der Türkei und über eine Abänderung des Vertrags von Sevres vorzubereiten.

## Die Anspeiche der Türkei.

London, 12. September. (W.B.) Der Pariser Vertreter der Regierung von Ankara, Ferid Bey, erklärte in einer Unterredung mit einem Berichterstatter des „Daily Express“, die einzige Hoffnung für den Frieden im Orient sei, daß die britische Regierung einer bedingungslosen Rückerstattung Adriansopels an die Türken und der Räumung Konstantinopels durch die Alliierten zustimme. Wenn die britische Regierung das tue, dann wünte eine Konferenz stattfinden, und die Türken könnten eine Internationalisierung der Meeresengen und andere Fragen erörtern, wie z. B. das Verbleiben der Engländer in Bakra und anderen Städten Mesopotamiens, wo England Interessen habe. Die Türken erhoben keinen Anspruch auf Mesopotamien; wenn aber die englische Regierung es ablehne, den Anspruch der Türkei auf Adriaanopel und die türkische Souveränität über Konstantinopel zuzugestehen, dann würden die Türken Mesopotamien überrennen und alles tun, was in ihrer Macht stünde, um den britischen Interessen entgegenzuarbeiten und die britische Herrschaft im Osten zu behindern. Die einzige Hoffnung Großbritanniens beruhe nur darauf, daß es die Türkei zu seinem Freunde mache. Die Türkei strecke England die Hand hin, es sei Englands Sache, sie zu ergreifen.

## Der Fremdenschutz in Konstantinopel.

London, 12. September. (W.B.) „Times“ melden aus Konstantinopel, daß bei den türkischen Siegesfeierlichkeiten an verschiedenen Stellen die Fenster eingeschlagen worden seien, so

bei der rumänischen Gesandtschaft, der griechischen Militärmission, dem französischen Postamt, dem Credit Foncier und der spanischen Offiziersmesse. Ein Grieche sei getötet worden. General Harrington habe dem Chef der türkischen Polizei erklärt, die Demonstrationen müßten unverzüglich aufhören. Auf Befehl der Alliierten und des Oberkommandos und mit Billigung der alliierten Oberkommissare wehten jetzt die französische, italienische und englische Flagge in der asiatischen neutralen Zone Konstantinopels und der Dardanellen als Warnung an die femalischen Streitkräfte, daß jede Verletzung dieser Zone als ein Akt der Feindschaft gegen die Alliierten aufgefaßt werden würde. Dieser Schritt werde allgemein gebilligt und als ein Beweis für das Einvernehmen zwischen den Vertretern der Alliierten in Konstantinopel angesehen, obwohl nach viel getan werden müßte, bevor die Halbinsel Ionia und die asiatische Küste der Dardanellen als einigermaßen sicher gegen eine Verletzung der Neutralität angesehen werden könnte.

London, 12. September. (W.B.) „Daily Telegraph“ schreibt: Aus dem Innern Kleinasiens in Smyrna eingetroffene Amerikaner und andere Christen berichten, daß die Griechen bei ihrem Rückzuge furchtbare Grausamkeiten an Mohammedanern gewisser Städte verübt hätten.

## Die Deutschnationalen gegen Stinnes.

Von hervorragender industrieller Seite veröffentlicht die „Deutsche Zeitung“ recht beachtliche Ausführungen zum Stinnes-Abkommen. Sie zeigen, wie sehr man in bestimmten deutschnationalen Kreisen gegen das Einbringen des neuen Nationalabkommens in die schwarzweiße Wählerstimme sich anzukämpfen bemüht. Es heißt da:

„So dürfte der Vertrag Stinnes-Luberac die Ursache werden, eine Art Verkrüftung jedesfalls aller derjenigen Betriebe, die Baustoffe für Häuser liefern, herbeizuführen.“

Das wird dazu führen, daß im Binnenlande kein Mensch mehr in der Lage sein wird, irgend etwas von diesen Sachen zu kaufen, da die Preise durch einen einigermaßen freien Wettbewerb nicht mehr gemildert werden können. Im Gegenteil, man wird die Preise zahlen müssen, welche die Macht des Trustes diktiert.

Es kommt hinzu, daß auch, wenn Stinnes selber an den Lieferungen nur im mäßigen Grade durch eigene Werke beteiligt ist, er durch die außerordentliche Gewalt, die dieser Vertrag in seine Hand gibt, in die Lage versetzt werden, ja, geradezu gezwungen wird, die sämtlichen Trusts unter seiner gewaltigen und talfräftigen Hand zu vereinigen.

Aus diesen Tatsachen wird dann gefolgert, daß wir alsbald einen Zustand vor uns haben können, wo die Marxsche Formel der Expropriation der Expropriateure noch vereinfacht wird. Denn ob Stinnes will oder nicht, so wird doch der Verkauf der Dinge zu einer Konzentration der Wirtschaftsmittel führen, die in der Richtung der von uns bisher für eine Utopie gehaltenen marxistischen Pläne liegt und die jedenfalls dem Marxismus den Zugriff auf die Wirtschaft wesentlich erleichtern wird. So daß wir, kraft ausgedrückt, eines Tages vor der Expropriation der Expropriateure stehen. Es wird dadurch der Sozialdemokratie und den sozialistischen Bestrebungen, wie Dr. Bang andeutete, in einer gar nicht hoch genug zu veranschlagenden Weise vorgearbeitet. — Das ist die Meinung der „Deutschen Zeitung“. Sie bekämpft also Stinnes, weil er nicht nur Trustherr und Ausbeuter ist, sondern auch weil er Wegbahner der sozialistischen Ideen sei. Dafür meinen die Irren in der Politik, die Kommunisten, die Sozialdemokratie verrate die Arbeiter an Stinnes!

## Führungsattest für Wilhelm.

In der „Deutschen Wochenzeitung für die Niederlande“ wird ein Brief Hindenburgs an den ehemaligen Kaiser veröffentlicht, der nochmals das bekannte Thema vom 9. November 1918 behandelt. Es entbehrt nicht einer leisen Komik, wenn Hindenburg den Exmonarchen mit der alten eifertigen Anrede begrüßt: „Allerburchlauchtigster, großmächtigster Kaiser! Allergnädigster Kaiser, König und Herr!“

## Massel.

Von Hans Bauer.

Ich kenne einen, der, als viele seines Bekanntenkreises sich 1914 als Kriegsfreiwillige gemeldet hatten, mit allen Rängen und Knäufen vom Heeresdienst loszukommen versuchte. Er ward damals verachtet, gering geschätzt, bespöttelt. Gott ja! für den Augenblick sei das ja ganz recht, nicht mitmachen zu brauchen. Aber später werde man schon auf so einen mit Fingern zeigen, der nicht dabei gewesen sei. Es zeigt heute keiner mit Fingern auf den Drückerberger. Von den fünf Kriegsfreiwilligen aber sind drei gefallen. Und mit den zwei Ueberlebenden tauscht jener Drückerberger noch lange nicht.

Ich kenne eine Frau, die, als alle aufgefördert wurden, das Gold abzuliefern, nicht abließerte. Die darum wußten, zogen die Lippen schief: So eine Vaterlandslofer! Na, sie wird sich schon umsehen, wenn das Goldgeld für ungültig erklärt wird. Es ist nicht „für ungültig erklärt worden“. Und die „Vaterlandslofer“ kann heute gut über die Narren lachen, die abließerten.

Und das eben ist das Besondere der Jahre gewesen, die hinter uns liegen: Sie haben die Fabel des Märchens endgültig totgeschlagen. Schließlich hat eben immer der böse Zauberer und nicht die Fee gesiegt. Der Pöbelschnapper hat den Frontklumpen bezwungen. Das Zwanzigmarkstück im Strumpf die Kriegsanleihe. Das noch vorhandene das Hingepferte. Und vor allem: wer denkt erst daran, dem Drückerberger, der Goldhämmerin ihr Verhalten über zu nehmen? Es wird resigniert die Schulter gezuckt: Massel hat ihr gehabt!

Ins Große projiziert ist dieser Stinnes einer von solchen Massel-Deuten. Erzberger und Rathenau zum Beispiel haben große Verdienstmöglichkeiten im Sicht gelassen, als sie sich der Republik zur Verfügung stellten. Haben mit ehelichen Wollen für eine Sache gekämpft. Der Dank? Es wurde mit Fingern auf sie gezeigt. Es wurde gezischt: Lumpen, Egoisten, Verräter. Sie schlugen sich weiter an der Front herum, hatten nichts davon und fielen schließlich.

Ich meine gar nicht, daß Stinnes das gerade Gegenteil von jenen und ein schlechter Kerl ist. Du lieber Gott: auf seine besondere Art meint es dieser Mann ja gewiß auch ganz redlich. Aber eben das ist sein Massel, daß sein Outergeden niemanden stört. Daß die 6 Prozent von hundert und einigen Papiermillarden ja gedeckelt werden können, daß sie irgendwie identisch sind mit Deutschlands Wohlergehen. Rathenau hatte nichts von Wiesbadener Abkommen. Und wurde als Pestzelle hingestellt. Stinnes hat runde 40 Millionen von diesem Abkommen. Und wird als Vaterlandsverräter geohet. Warum, wieso? Es hat keinen Zweck, für Sache auf dem Grund gehen zu wollen. Es ist wie in der Liebe: Für manche Frau kann man sonst etwas tun und sich schließlich für sie aufhängen: Sie will

einen nicht. Und der andere drischt sie. Und dem läuft sie nach. Der andere „hatte es an sich“.

Stinnes „hat es an sich“. Er darf in London über die Reichseisenbahn verhandeln. Er gilt nicht als Hochverräter. Er darf an den Franzosen verdienen. Er gilt nicht als Geschäftsmacher. Er darf an Russland liefern. Er wird nicht als hochgewisslicher Agent hingestellt.

Manche haben es an sich. Das ist dann ihr Massel.

Nachmals: Goethe und der Regenschirm! E. Kadelig schreibt uns: Was Paul Gutmann unter dieser Ueberschrift geschrieben hat, darf nicht ohne Widerspruch hingenommen werden — wegen der Ruhigwendung, die falsch und gefährlich ist. Gutmann sagt, Goethe sei zeitlos wie alles Große, darum könne man sich nicht ein Standbild vorstellen, das ihn mit einem Regenschirm zeigt. Schon das ist falsch. Es führt uns durchaus nicht, daß die Goethe-Standbilder und -Bilder den Meister im Kosmos seiner Zeit zeigen. Der Regenschirm hat aber auf solchen Darstellungen ebenwenig etwas zu suchen, wie andere Gebrauchsgegenstände, die nicht ein Attribut des Schöpfenden sind. Darum ist auch Gutmanns Ablehnung des Feldstechers in der Hand des Molke-Standbildes unredlich. Wenn dieser Feldmarschall in der Uniform seiner Zeit darge stellt ist, dann gehört auch der Feldstecher dazu, mit dem zu Molkes Zeit die Feldherren noch das Schlachtfeld überblickten.

Doch das sind Kleinigkeiten. Bedenklich wird Gutmanns Beweiskführung, wenn er behauptet, unsere heutige wandernde Jugend sei deshalb schön, weil sie in Gewand und Gesinnung zeitlos sei. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Unsere wandernde Jugend ist schön, wo sie sich als Träger der neuen Zeit in Gewand und Gesinnung fühlt. Sie ist gar nicht schön, wo sie sich zeitlos fühlt und tatsächlich nur den Versuch macht, eine längst vergangene Zeit künstlich mitten in unsere Zeit einzuschleichen. Häßlich und lächerlich mirft das Kopieren der fahrenden Scholaren durch großstädtische Jünglinge mitten im Betriebe des industriellen Zeitalters. Mit weiblich langem gelockten Haar und sorgfältig auf seine ästhetische Wirkung berechneten Faltenhemd präsentiert sich so ein fahrender Schüler; am breiten Band, mit zwanzig bunten Bändern belastet, die Laute umgehängt, mit der er mittelhochdeutsche Liederbegleitung begleitet. Er fühlt sich zeitlos, d. h. eigentlich mittelalterlich.

Neben dieser „zeitlosen“ Jugend haben wir glücklicherweise gerade im Proletariat eine bessere, gewandere Jugend, die sich ihrer Zeit bemußt ist. Auch diese Jugendwanderer erkennen sich die Kopfbedeckung durch einen klaren Haarschnitt, aber sie lassen sich keine langen Ringellocken stehen. Auch diese Jugendwanderer unterscheiden sich im Gewand von den Alten. Doch ihr Gewand ist keine Kopie aus dem Mittelalter. Die proletarischen Jugendwanderer haben auch ihre Laute und sie singen kräftig. Aber sie singen Trug- und Kampflieder der neuen Zeit, als deren Träger sie sich fühlen. Auch diese Jugend hat ihre Ueberpomptheiten, dafür lebt sie eben in den glücklichen Lebensjahren, in denen einem die ganze Welt gehört; oder zeitlos ist sie nicht, glücklicherweise nicht!

Sachlich besagt der Brief, daß Hindenburg für den Entschluß des Kaisers, nach Holland zu gehen, die Mitverantwortung übernimmt, weil er nicht wollte, daß der Kaiser „dem inneren oder äußeren Feinde ausgeliefert würde“. Der Brief fährt fort:

Aus diesem Grunde habe ich im Vortrag am 9. November nachmittags in unser aller Namen den Uebertritt nach Holland, den ich damals übrigens nur für einen vorübergehenden hielt, als äußersten Ausweg empfohlen.

Dagegen bestreitet Hindenburg, daß er am 9. November abends Wilhelm zur sofortigen Abreise gedrängt hätte. Er sei erst nach der Abreise Wilhelms von dieser in Kenntnis gesetzt worden. Aber Wilhelm hätte bei seiner Abreise gleichwohl glauben dürfen, daß Hindenburg sie als geboten ansehe. Also wieder einmal das berühmte „Mißverständnis“, das merkwürdigerweise immer da ohnmächtig, wo für einen Monarchisten die Verantwortung peinlich wäre. Bekanntlich steht Hindenburgs Darstellung durchaus im Gegensatz zu der des Oberstleutnants Alfred Riemann, der in seinen Erinnerungen aus dem Großen Hauptquartier („Tag“ vom 24. Mai 1922) folgendes schreibt:

Der greise Generaladjutant und der Staatssekretär kommen noch einmal und bitten den Monarchen, in der Nacht nach Holland abzufahren. Die Bitte wird gleichzeitig im Hastoc des Feldmarschalls (Hindenburg) unterbreitet.

Und als der Kaiser bereits den Hofzug bestiegen hat, erscheint noch Riemanns Darstellung Herr v. Brunnau und berichtet:

Der Feldmarschall und der Staatssekretär liehen den Kaiser inständigst bitten, keine Stunde mehr zu verlieren.

Hier kauft ein unvereinbarer Widerspruch zwischen der Darstellung Riemanns und Hindenburgs Behauptung: „daß ich am 9. November abends zur sofortigen Abreise gedrängt hätte, ist ein Irrtum“.

Schließlich sind das alles heute Belanglosigkeiten. Der Entschluß eines Monarchen kann ihm nicht von seiner Umgebung abgenommen werden. Ob Hindenburg im letzten Moment noch Wilhelm mitgeschoben hat oder nicht, — die Verantwortung für seine Flucht trägt der Exkaiser selber.

## Reichswehr vor dem Untersuchungsausschuss

Am Montag nachmittag trat im Reichstag der 40. Ausschuss (Prüfung der Vorwürfe gegen die Reichswehr) zusammen. Der Vertreter der Demokratischen Partei ließ erklären, daß sie, da der Minister Gehler ihr zugehöre, diesen Vorschlag an die Bayerische Volkspartei abgegeben wolle. Die Einberufung des Ausschusses sei übrigens nicht durch ihn direkt, sondern aus Veranlassung des mehrheitssozialistischen Mitgliedes, des Abg. H. A. Lisch, der im Interesse einer einwandfreien Untersuchung um möglichst baldige Tagung ersucht habe, erfolgt. Zum Berichterstatter wurde der Abg. H. A. Lisch (Soz.) bestimmt.

Es entspann sich eine Aussprache über die Arbeitsweise und den Rahmen der Untersuchung. Genosse H. A. Lisch schlug vor, zunächst durch den Berichterstatter das vorliegende Material zu sichten und dann von Fall zu Fall zur Untersuchung zu schreiten. Eine Beschränkung der Tätigkeit des Ausschusses etwa nur auf die im Plenum anlässlich der bekannten Interpellationsdebatte berührten Einzelfälle würde ein zu enger Rahmen sein und weder im Sinne des Reichstagsbeschlusses liegen, noch auch der Reichswehr selbst gerecht werden. — Abg. Marek (D. Sp.) wandte sich gegen diesen Vorschlag. Der Reichstag habe nur die im Plenum eingehendsten Fälle untersucht haben wollen. Im übrigen löge es nicht im Interesse des Reiches, sein Nachinstrument durch eine monatelange Untersuchung und Kontrolle, die zur Befähigung ausarten könne, zu beunruhigen. — Reichswehrminister Gehler hat nichts gegen die Ausdehnung der Untersuchung im vorgeschlagenen Sinne. Es wird beschlossen, den Berichterstatter mit der Sichtung des Materials zu beauftragen. Er hat aus den Akten des Reichswehrministeriums die erfolgten Maßnahmen festzustellen. Aus dem Bericht wird sich dann der Umfang der Untersuchungen im einzelnen ergeben. Der Ausschuss wird den Bericht ein paar Tage vor Zusammentritt des Plenums entgegennehmen, um dann mit der eigentlichen Untersuchungstätigkeit zu beginnen. — Außer der Bayerischen Volkspartei fehlte auch der Vertreter des Zentrums.

Große Volksooper. Es ist gut, wenn einmal statt der Premiere die zweite oder dritte Aufführung gehört wird. Da zeigt sich, ob Intensität, Spannung, Schaffenslust herrscht, da sind die Erregungen des ersten Gelingens abgeklungen und ein wirkliches Bild der vereinten Kräfte und ihres Zusammenspiels wird deutlich. So ist die „Entführung aus dem Serail“ die bisher beste Leistung, spielerisch leicht das Orchester, in dem der Nachteil der wenigen Begleitorgane vorzuzug wird, geschickt und spielerisch der Kapellmeister H. A. Lisch, der die Partitur im Herzen hat (weshalb köstliche Partitur), und in Mozartschem Geiste trillern ihre Arien zwei hochbegabte Mädchen über die Bühne, Else Lischkan, auch in den Bewegungen und im Springen ein grazioses munteres Blondchen, und Sabine Wagen, deren Konstanzen-Arien uns vom Konzertsaal her lieb waren und die auf den Brethern nichts von ihrer Sicherheit oder von der Schlagfertigkeit ihrer Singvogeltechnik eingebüßt hat. Die Arbeit der neuen Großen Volksooper macht nicht, und Versprochenes wird langsam eingelöst. Das ist höchst lobenswert. Ihr lieben Leser, seid nur gütig und so klug, niemals, auch nicht im Hochgefühl des Dankes, mitten in Orchesterkonzerten oder Vorträgen hineinzuknallen. Ihr ehrt damit die Künstler nicht, und ihr schadet eurem eigenen Geschmack.

Estimofleben im Film. Ein Seitenstück zu dem Nordlandfilm, der die artigen Erlebnisse des verstorbenen Kapitans Scott darstellte, gelangt gegenwärtig in London zur Vorführung. Es handelt sich um eine Reihe von Szenen aus dem Jäger- und Familienleben der Estimos, die in der Eiswüste an der Hudsonbai ihr entbehrungsreiches Leben zubringen. Der Film führt den Titel: „Ranook of the North“ und erzählt ohne eigentliche Textunterlage und unter Verzicht auf alles dekorative und kostümliche Beiwerk schlicht vom Jägerleben der Estimos, wobei an handelnden Personen nur Ranook und seine Familie auftreten. Die Aufnahmen sind das Ergebnis einer zehnjährigen Arbeit, die der Forschungsreisende Robert V. Flaherty mit seiner Kamera an Ort und Stelle leistete. Sie beginnen im Frühling mit der Abbläserung der während der Jagdmission erbeuteten Felle auf dem Pelzmarkt. Nach gelingendem Verkauf lehren Ranook und die Seinen zu ihrer mühseligen Tätigkeit zurück, deren Einzelheiten der Apparat Bild für Bild festhält. Man sieht die Estimofamilie bei schönem Wetter und im Schneesturm, bei der Arbeit und beim Spiel, denn der Estimo hat viel Sinn für Scherz und Humor, der immer wieder zum Ausdruck kommt. Ein festliches Bild zeigt die Familie im Zeit der Ruhe; die Männer haben sich ihrer Pelze entledigt und sich mit heraufgezogenen Ähren gelagert, während die Weiber die schweren Stiefel mit Tran beschmieren, um sie wieder geschmeidig zu machen.

Cobalt und Nickel in den Pflanzen. Wie aus Paris gemeldet wird, hat Dr. Pierre Emile Roux in der Wechzahl aller Pflanzen Cobalt und Nickel gefunden. Die Bedeutung, die die Metalle für das Wachstum und die Ernährung der Pflanzen spielen, ist in den letzten Jahren genauer untersucht worden, insbesondere ist die Rolle, die das Eisen dabei spielt, einleuchtend geworden. Es war bereits bekannt, daß sich auch Spuren anderer Metalle in Pflanzen finden und so eröffnet die Entdeckung des Dr. Roux neue Hoffnungen.

## Kommunistische Purzelbäume.

Das rote Fähnchen erzählt seinen Lesern, daß die Gewerkschaften gestern „wieder einmal“ betteln gegangen seien. Das Betteln sieht nach ihrem eigenen Bericht so aus:

„Die Arbeitervertreter trugen dem Reichspräsidenten ihre sehr ernsten Besorgnisse wegen der Zuspitzung der wirtschaftlichen Verhältnisse vor und wiesen insbesondere darauf hin, daß von den besitzenden Kreisen gegenüber den Arbeitern vielfach ein direkt provozierendes Verhalten an den Tag gelegt würde. Sie erhoben dann besonderen Einspruch gegen eine weitere Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber den agrarischen und handwerklichen Forderungen.“

Das ist also „gebettelt“. Was ist es dann, wenn „Produktionskontrolleure“ sich stundenlang auf den Korridoren der Ministerien herumdrücken und zum Schluss hochzufrieden sind, daß sie von einem Regierungsrat herablassend angehört werden? Wir wollen die Antwort darauf selbst geben, da die „rote Fahne“ neuerdings ihr peinliches Fragen ausweicht. Wenn die berufenen Führer vieler Millionen organisierter Arbeiter mit der Regierung ernste Dinge zu besprechen wünschen, so steht ihnen entsprechend ihrer Bedeutung die Tür zu jeder, auch der höchsten Regierungsstelle offen. Dort finden ihre Worte Beachtung, weil jeder weiß, was sie zu bedeuten haben. Wenn aber die Kommunisten in Berlin einige Puppen tanzen lassen, so ist das eine lächerliche Angelegenheit.

Die „rote Fahne“ meint natürlich, die einen würden „aus schlotternder Angst“ zur Regierung getrieben, die anderen wollten — durch Kampf etwas erreichen. Der „Kampf“ sieht einigermassen komisch aus. Er soll jetzt überdies durch einen Reichsbetriebsräteauschuss für die Vorbereitung eines Reichsbetriebsrätekongresses weiter geführt werden.

### Die Gewerkschaften beim Reichswirtschaftsminister.

Entsprechend einem Wunsche der Organisationsführer findet am heutigen Dienstag im Reichswirtschaftsministerium eine Aussprache des Reichswirtschaftsministers mit den Spitzenorganisationen aller gewerkschaftlichen Richtungen statt. Bei dieser Aussprache will der Minister den Gewerkschaften Auskunft über die allgemeine Lage erteilen, besonders aber über die Verhandlungen, die in den letzten Tagen mit den Vertretern des organisierten Handels gepflogen worden sind und die Maßnahmen gegen wucherische Preisgestaltung zum Gegenstand hatten.

## Der Kampf um den Zucker.

### Bessere Verwertung von Gerste und Obst.

In Ausführung der Beschlüsse der Konferenz der Ernährungsminister hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Verordnung über Lebensmittel vom 8. September 1922 veröffentlicht, die den Zweck verfolgt, eine unter den heutigen Verhältnissen ungewöhnliche Verwendung von Zucker, Gerste und Obst zu unterbinden.

In der Verordnung ist mit sofortiger Wirkung bestimmt worden, daß bis auf weiteres inländischer Zucker zur Herstellung von Schokolade, Süßigkeiten, Branntwein, Likör und Schaumwein nicht mehr geliefert und verwendet werden darf. Auch die Erfindung etwaiger neuer Verfahren über Lieferung von Inlandszucker für diese Zwecke ist verboten. Es ist lediglich nachgelassen, daß die etwa bei den Betrieben noch vorhandenen Bestände an Inlandszucker noch ausgebeutet werden. Dazu ist zu bemerken, daß die genannten Industrien schon seit längerer Zeit überwiegend Auslandszucker verwenden.

Durch weitere Vorschriften ist die Herstellung von Bier eingeschränkt worden. Das geeignetste Mittel zur Erspargung von Rohstoffen bei der Bierherstellung ist die Herabsetzung des Stammwürzegehaltes des Bieres. Es ist deshalb die Herstellung von Starzbier, d. h. von Bier mit einem Stammwürzegehalt mit mehr als 13 v. H. überhaupt verboten worden. Es ist ferner angeordnet worden, daß Vollbier (9 bis 13 v. H. Stammwürzegehalt), soweit es mehr als 10 v. H. Stammwürzegehalt hat, nur bis zur Höchstmenge von einem Hektoliter des Gesamtauszuges der einzelnen Brauerei in einem Jahre hergestellt werden darf. Um vielfach bemerkten irigen Auffassungen vorzubeugen, sei hier eingeschaltet, daß unter Stammwürzegehalt nicht etwa der Alkoholgehalt des Bieres zu verstehen ist, vielmehr beträgt der Alkoholgehalt nur einen Bruchteil von der Hektoliterzahl des Stammwürzegehaltes. Es steht zu erwarten, daß durch die getroffenen Maßnahmen eine große Erspargung von Rohstoffen bei der Bierbereitung erreicht wird.

Um das Obst in erster Linie der Frischverwertung und der Armelehreherstellung zuzuführen, ist endlich die Herstellung von Branntwein aus Obst verboten worden. Für Obst, das zur menschlichen Ernährung nicht geeignet ist oder in anderer Weise nicht verwertet werden kann, kann die Verarbeitung auf Branntwein im Ausnahmewege zugelassen werden.

Im Zusammenhang damit wird darauf hingewiesen, daß es angeht die augenblicklichen außerordentlich schwierigen Ernährungsverhältnisse angezeigt erscheint, für die Herstellung von Branntwein aus Kartoffeln — trotzdem die diesjährige Kartoffelernte weit größer als im vergangenen Jahre zu werden verspricht — die gleiche weitgehende Beschränkung wie im Vorjahre auch für das Brennjahr 1922/23 vorzuschreiben. Eine entsprechende Regelung ist in Aussicht genommen. Die Verwendung von Kartoffeln in Brennereien überhaupt zu verbieten ist nicht angängig, da das Kartoffelbrennen die einzige Möglichkeit bietet, verdorbene Kartoffeln zu verwerten.

## Devisenkurse.

	12. September		11. September	
	Käufer- (Reichs-) Kurs	Verkäufer- (Reichs-) Kurs	Käufer- (Reichs-) Kurs	Verkäufer- (Reichs-) Kurs
100 holländische Gulden . . .	5828.00	5877.40	5925.—	6007.50
1 argentinischer Papier-Peso . . .	544.50	545.70	556.80	558.20
100 belgische Francs . . . . .	10735.50	10818.50	11195.—	11214.—
100 norwegische Kronen . . . . .	25268.35	25361.05	25707.75	25822.25
100 dänische Kronen . . . . .	82959.50	82440.60	82953.75	83041.25
100 schwedische Kronen . . . . .	39699.90	40100.40	40048.75	41051.25
100 finnische Mark . . . . .	5285.80	5294.13	5455.65	5474.35
1 japanischer Yen . . . . .	—	—	739.05	740.95
100 italienische Lire . . . . .	6416.95	6498.05	6641.05	6638.55
1 Pfund Sterling . . . . .	6718.55	6736.45	6806.40	6833.60
1 Dollar . . . . .	1493.18	1490.87	1558.07	1541.93
100 französische Francs . . . . .	11610.35	11593.45	11785.95	11814.75
1 brasilianischer Milreis . . . . .	—	—	201.74	202.26
100 Schweizer Francs . . . . .	—	—	20163.50	20226.50
100 spanische Pesetas . . . . .	23021.15	2378.85	23670.85	23729.65
100 österr. Kronen (altgl.) . . . . .	1.93	1.97	1.95	1.99
100 tschechische Kronen . . . . .	5053.65	5098.35	5293.35	5300.65
100 ungarische Kronen . . . . .	60.92	61.08	60.92	61.08
100 bulgarische Lewas . . . . .	948.80	951.20	968.75	1001.25

## Schupo auf der Steuerfahrt.

Folgendes ist der Tatbestand: Ein großer Vergnügungspart hat den ganzen Sommer hindurch jeden Tag das Publikum in der freundschaftlichsten und lebenswürdigsten Weise ein, zu ihm zu kommen und seine Attraktionen, seine Feuerwerke, seine Konzerte, kurz seinen ganzen wunderschönen Weltabstrummel anzusehen. Und das Publikum kommt auch in teils mehr teils minder — von wegen der Regentage! — großen Scharen, zahlt sein Eintrittsgeld und dann: Kin ins Bohnstiel! Keiner von Hunderttausenden kommt auf den Gedanken, daß er mit dem Eintrittsgeld keine Vergnügungsteuer gezahlt werden sollte. Denn das ist doch selbstverständlich. Heutzutage sind die Kämmerer aller Städte auf die Vergnügungsteuer angewiesen. Die Sache geht auch anscheinend den ganzen Sommer hindurch gut und friedlich. Ploötzlich aber: Eine Kompanie Steuervollzugsbeamter und Schupo rückt in den schönen herrlichen Vergnügungspart ein. Krach, Lärm, Proteste, Schreien, Flüche, Entrüstung, Neue Proteste, Verhaftungen, Konfiskation der vorhandenen Gelder. Abzug der Beamten. Der Berliner staunt. „So'n großer Vergnügungspart und zahlt nicht mal Lustbarkeitssteuer?“ Abwarten. Es wird sich alles klären. Als nämlich alles vorbei war, fand man vor dem Portal des Vergnügungsparks zwei dünne Endchen eines Seidensfadens. Das war der Geduldsfaden, der dem verzweifelten Berliner Kämmerer endlich geplatzt war. . . .

Ist es aber, so möchte man fragen, am Ende nicht doch besser, es reicht einmal einem Kämmerer — es kann ja auch mal zur Abwechslung ein Minister sein — der Geduldsfaden, als daß dem empfindlichen Volk die Geduld reißt? Unsere Steuervollzugs- und Schupo-beamten sind sicherlich — natürlich nur in amtlicher Eigenschaft — auch mal einem Automobil Ausflug aufs Land nicht abgeneigt, also nach dem übereinstimmenden Urteil zahlreicher Steuerjuristen noch die meisten Steuerbrüderberger wohnen sollen. Vielleicht wird sich bei der Gelegenheit — so ganz nebenher — der Reichsbank auch das Mittel lösen, wo denn eigentlich all die vielen tausend Millionen Kassenscheine geblieben sind. Das ist natürlich nur so eine Erwägung. Vielleicht ist es auch nur ein schöner Traum, den das Volk in seiner Not träumt, zu schön, um wahr zu werden. Immerhin, wäre es nicht möglich, daß auch mal einem Minister der Geduldsfaden reißt und er die Schupo ebenso produktiv beschäftigt wie der Berliner Stadtkämmerer? Es würde sich Schein's lohnen.

Zu der am Sonnabendabend im Luna-Park durch Steuerbeamte unter Beihilfe von Schupo-Beamten vorgenommenen steuerlichen Konfiskation gab die Direktion des Luna-Parks Vertretern eine Darstellung, der wir folgendes entnehmen, ohne damit für oder wider die Direktion oder die Behörden Stellung zu nehmen: Vor der Eröffnung des Luna-Parks war der Direktion bekannt, daß sie 100 Prozent Lustbarkeitssteuer zahlen sollte. Sie wies aber die Steuerbehörden darauf hin, daß es keine Möglichkeit gebe, diese Steuer auf das Publikum abzumwälzen. Darauf hat sich die Steuerbehörde bereit erklärt, mit dem Luna-Park in Verhandlungen zwecks Abschlußes eines für beide Teile genehmen Abkommens einzutreten. Der Vorschlag der Direktion ging dahin, den eigentlichen Vergnügungspart von dem Vergnügungspart steuerlich zu trennen in der Weise, daß die allgemeinen Eintrittsgelder niedrig gehalten, während die Eintrittspreise für Attraktionen erhöht werden sollten. Auf diesen Vorschlag ging die Steuerbehörde nicht ein. Als dann die Direktion mitteilte, den Park nicht eröffnen zu können, erklärte die Steuerbehörde, sie solle nur ruhig anfangen zu arbeiten, es werde sich schon ein Ausweg finden. Inzwischen hat sich das von der Steuerbehörde mit 100 Prozent errechnete Steuersoll auf 3 Millionen Mark angehäuft und dieser Betrag sollte beschlagnahmt bezahlt werden. Die Direktion wolle jede Woche 500 000 M. zahlen, die Steuerbehörde ging darauf aber nicht ein und es kam zu jener Exekution am Sonnabend. Die Direktion steht auch heute noch auf dem Standpunkt, daß es ihr unmöglich sei, 100 Prozent Lustbarkeitssteuer zu zahlen.

## Forderung des Zehnmarktarifes.

Entsprechend den gestrigen Beschlüssen des Verwaltungsrates der sächsischen Straßenbahn wird der Magistrat heute in einer außerordentlichen Sitzung zu der Frage der sofortigen Erhöhung des Straßenbahntarifes von 8 auf 10 M. Stellung nehmen. Falls der Magistrat dieser Maßnahme zustimmt — woran bei der Notlage der Straßenbahn kaum zu zweifeln ist — wird der Stadterordnungsversammlung noch heute eine entsprechende Dringlichkeitsvorlage zur sofortigen Beratung zugehen. Die unverzügliche Annahme dieser Tarifserhöhung durch die Stadterordneten würde dann noch in dieser Woche die Einführung des Zehnmarktarifes bringen.

## Angehaltene Güterzüge.

### Verwegene Methoden eines Eisenbahnräubers.

Unter der Enklave des Eisenbahnraubers, der Transportgefährdung und des unerlaubten Waffentragens nahm der Arbeiter Oskar Linke auf der Anlagebank in Moabit Platz. Mit ihm waren angeklagt der Pole Elias Artym wegen Beihilfe bzw. Begünstigung und ein Kaufmann R. wegen Hehlerei. Ein vierter Angeklagter namens Szarolata, der sich ebenfalls wegen Hehlerei verantworten sollte, hatte es vorgezogen, nicht zu erscheinen.

Die Güterdiebstähle die der 17jährige Linke ausgeführt hatte, erinnern etwas an die Romantik bekannter Wildwestgeschichten, bei denen fahrende Züge zum Halten gebracht werden, um sie dann auszuplündern. Nur bediente sich Linke, obwohl er für alle Fälle den Revolver in der Tasche hatte, moderner Hilfsmittel. Er schlich sich auf den Verladebahnhof Tempelhof, verstellte dort die Signale der auf der Strecke Berlin-Halle verkehrenden Güterzüge auf „halt“, sprang auf die ihre Fahrt verlangsamenden Züge dann auf, nachdem er ihnen vorher wieder „freie Fahrt“ gegeben hatte und raubte dann in aller Gemütsruhe während der Fahrt die Waren aus. Stand er in einem Güterwagen nicht das Nichtigste, dann kletterte er während der Fahrt über die Dächer auf einen anderen, erbrach diesen und warf Rollen mit wertvollem Inhalt, hauptsächlich teure und gut abfahrbare Kleiderstoffe, aber auch Lebensmittel und auf dem Bahndamm und sprang dann wieder ab, wenn der Zug vor der Durchfahrt einer Station langsam fuhr. Die so erbeuteten Güter verstaute er, wo es sich gerade traf, teils im Walde oder Raubengelände, teils schaffte er sie in seine Wohnung. Er bot sie dann verschiedenen unbekannt gebliebenen Hehlern an, während die Mitangeklagten, insbesondere der Kaufmann R. in einigen Fällen keine Warenquantitäten von ihm erhielten, und zwar zu Tagespreisen, so daß R. der Meinung war, auf reelle Art einzukaufen. In diesem Glauben wurde er durch das Auftreten des Linke bestärkt, der, elegant gekleidet, sich als Vertreter einer Luxusfabrik ausgab. Auf diese Art und Weise erbeutete Linke viele hunderttausend Mark. Vor Gericht war gestern Linke geständig und erklärte, daß er aus Lust am Verbrechen gehandelt habe, während der Kaufmann R. und auch der Mitangeklagte Artym, der in einem Falle durch Beihilfe gefesselt haben soll, daß er mit einem Auto Waren aus einem der Verstecke nach Berlin geholt hat, jede Schuld bestritten. Vom Staatsanwalt wurden gegen Linke insgesamt 2 Jahre 9 Monate Gefängnis beantragt, gegen Artym 2 Jahre Gefängnis bei sofortiger Verhaftung und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre und gegen den Kaufmann R., dem der gute Glauben nicht abzusprechen sei, Freisprechung. Das Gericht ging bei dem

Angeklagten Linke über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und verurteilte ihn zu 3 Jahren und 3 Monaten Gefängnis, Artym zu 2000 M. Geldstrafe und sprach den Kaufmann R. frei.

## Der Niederbruch der Zentralheizung.

Man schreibt uns: Mieter und Vermieter stöhnen unter der Kohlensteuerung für ihre Zentralheizungen. Beide Beteiligten täten gut daran, schleunigst zur Ofenheizung überzugehen, zumal wenn Rauchrohre vorhanden sind und bauliche Veränderungen außer der Ofenheizung nicht nötig sind. Die Defekte bleiben Eigentum der Mieter, die sie beim Fortzug an den Nachfolger verlaufen können. Nur in Geschäftshäusern wird man bei der Zentralheizung verbleiben müssen. Ist die Zentralheizung in Wohnhäusern in gutem Zustande, so würde sie bei dauernder Nichtbenutzung, die noch viele Jahre dauern wird, dem Verderben ausgesetzt sein. Hier entsteht die Frage, Kessel und Heizkörper ganz zu entfernen und zu verkaufen, aus dem Erlös gegebenenfalls Defekte zu beheben und in den meisten Fällen noch erhebliche Beiträge übrig zu behalten. Kessel und Heizkörper sind heute so teuer und für Neubauten so schwierig zu beschaffen, daß eine Prüfung des Heizungsmechanismus in Wohnhäusern wohl meist am Platze sein dürfte. Wird die Kohle jemals wieder so billig, daß sich die Zentralheizung als erwünscht und wirtschaftlich erweist, dann wird die Neuanschaffung der Kessel und Heizkörper auch wieder erschwinglich geworden sein, sei es auch in Ermangelung eigener Mittel durch Aufnahme einer Zusagehypothek.

## Arbeiter-Samariter-Lehrkurse.

Die immer veranstaltete die Kolonne auch in diesem Jahre wieder 19 Kurse in der ersten Klasse. Sämtliche Kurse werden von einem Arzt geleitet. Niemand sollte die Gelegenheit verjümen, sein Können in dieser Beziehung zu erweitern. Kostet doch der ganze Kurs nur 20 M. mit Lieferung des Verbandsübungs-materials. Der Besuch des ersten Lehrcurses steht jedermann frei. Die Kurse beginnen pünktlich abends 7 Uhr. 1. Charlottenburg, Leibniz-Oberrealschule, Montag, den 18. September; 2. Friedrichshagen, Schulstraße, Realschule, Montag, den 9. Oktober; 3. Berlin-Mitte, Stallschreiberstraße 60/54, Schule, Montag, den 11. September; 4. Treptow-Saunhulenberg, Bienenbrunnstr., Ecke Graegstr., Schule, Montag, den 23. September; 5. Hallesches Tor, Bergmannstr. 60/66, Schule, Dienstag, den 12. September; 6. Panlow, Florastraße, Schule, Mittwoch, den 4. Oktober; 7. Köpenick, Freiheit, Dorstsee-Schule, Mittwoch, den 4. Oktober; 8. Friedrichshagen, Elisabethstraße 68, Schule, Donnerstag, den 7. September; 9. Tiergarten, Bremer Str. 18/17, Schule, Donnerstag, den 7. September; 10. Neukölln, Mühlstraße 41/42, Schule, Donnerstag, den 14. September; 11. Schöneberg, Feuerstr. 67, Schule, Donnerstag, den 14. September; 12. Weihensee, Rößelstraße, Schule, Donnerstag, den 14. September; 13. Wedding, Bernauer Str. 89/90, Schule, Donnerstag, den 28. September; 14. Adlershof, Bismarckstraße, Schule, Donnerstag, den 12. Oktober; 15. Steglitz, Gesekestraße, Gymnasium, Freitag, den 15. September; 16. Tempelhof-Mariendorf, Mariendorf, Königsstraße, Schule, Freitag, den 15. September; 17. Wilmersdorf, Kronprinzenstr. 10, Schule, Freitag, den 15. September; 18. Hermsdorf, Anfang Januar, wird in der Presse noch bekanntgegeben; 19. Friedrichsfelde und Umgegend, Anfang September; Meldungen: An die Geschäftsstelle oder bei Giese, Waldersfelderstr. 88.

„Siedlung und Kleingarten“, unsere illustrierte Beilage, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Erhöhte Zinsen für die Pfandleiher. Der preussische Minister des Innern hat auf Grund der ihm gesetzlich erteilten Vollmacht angeordnet, daß die Pfandleiher sich bis auf weiteres an Zinsen folgendes zahlen lassen können: 4 Pf. für jeden Monat und jede Mark bei Darlehensbeträgen bis zu 80 M., 8 Pf. für jeden Monat und jede den Betrag von 80 M. übersteigende Mark. Diese Festsetzung ist auch auf die Pfandleihanstalten von Gemeinden oder Gemeindeverbänden anwendbar.

Die tüchtigen Kur- und Verpflegungskosten in den Kreisfrankenhäusern in Berlin-Brick, Berlin-Lichterfeld, Berlin-Cöpenick, Jossen, Königswusterhausen und Rittenwade (Mark) betragen nach einer Bekanntgabe des Kreisaußschusses des Kreises Teltow vom 1. September 1922 ab: 1. a) für Erwachsene: 3. Klasse 120 M., 2. Klasse 240 M., 1. Klasse 400 M.; b) für Kinder unter 14 Jahren: 3. Klasse 25 M., 2. und 1. Klasse 75 der Höhe für Erwachsene. Auswärts zahlen in allen Klassen das doppelte. Bewohner aus Berlin zahlen für die Kreisfrankenhäuser in Berlin-Brick, Berlin-Lichterfeld und Berlin-Cöpenick als Einheimische. Diejenigen Kranken, die vor dem 1. September 1922 aufgenommen worden sind, bleiben bis zum 15. September 1922 von der Erhöhung befreit.

## Die Geretteten der „Hammonia“.

Reuter meldet aus Gibraltar, daß der Dampfer der Prince-Blinie „Soldier Prince“, der sich jetzt südlich Gibraltar befindet, drablos mitgeteilt hat, daß er 61 Passagiere des untergegangenen Papag-Dampfers „Hammonia“ an Bord habe. — Man meldet ferner aus London, daß entgegen den vorliegenden Nachrichten nicht alle Passagiere, die sich an Bord des deutschen Dampfers „Hammonia“ befanden, der an der Küste von Portugal gesunken ist, gerettet worden sind. Es fehlen noch einer Meldung 16 Passagiere, nach anderen Meldungen gegen 100 Passagiere.

Rückkehr nach der Weltumsegelung. Die Jacht „Fidra“ ist gestern abend nach vollendeter Weltumsegelung in Antarktika wieder angefangen. Die Jacht verließ Antarktika am 25. September.

## Groß-Berliner Parteianrichten.

### Heute, Dienstag, den 12. September:

74. Mit. Schlenker. 7/8 Uhr im Kaiserhof, Vortrag des Genossen Rotert: Was bringt der 1. Oktober für die Mieter? — Vertiefung der Konjunkturlage.

### Morgen, Mittwoch, den 13. September:

- 63. Mitteilung, Kaiserhof. Abends 7 1/2 Uhr Jahrbuch bei Sandmann, Reichsallee Str. 42. Referat Dr. Bernhart über Teuerung und Inflationsumlauf.
- 64. Mitteilung, Kaiserhof. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Lehmann, Kaiser-Wilhelm-Str. 6. Thema: Die Einigung der sozialistischen Parteien. Referat: Genosse Seitz.
- 67. Mitteilung, Reichsallee. Abends 7 1/2 Uhr Jahrbuch in folgenden Lokalen: 72. und 80. Regier. bei Ruppel, Reichsallee 1; 90. und 91. Regier. bei Ruffe, Wernersstraße 14; 92. und 104. Regier. bei Schulz, Amier Str. 100; 105. und 106. Regier. bei Weidlich, Siegelstr. 41/47.
- 111. Mit. Volkshaus. 8 Uhr: Jahrbuch bei Heumann, Volkshausstr. Straße.
- 121. Mit. Kaiserhof. Mitgliederversammlung bei Seitz, Kronen-Str. 68. „Ernährung, Gesundheit und Teuerung“. Ref.: Genosse Dr. Wegscheider-Jäger.

## Sport.

Die nächsten Vorkämpfe. Am 14. Sept. finden im Winterdorfer Stadipark, Kaiserallee, internationale Vorkämpfe statt. Auch diesmal ist das Programm erhellend. Es kämpfen unter schweren Bedingungen der Regier. Bogt gegen den harten Kampf Stein, der bisher nur von Kaufmann besiegte Qualänder Groves gegen Merten im Remondelamp. Merten wurde vor Jahresfrist von Groves zur Aufgabe gezwungen, hat sich aber inzwischen so verbessert, daß er die Scharte auszuweichen will. Als bester Kampf ist Merten gegen Artym angelegt, zwei Halbflügelmeister, die sich heilig bemühen, ihre Technik zu verbessern. Im Einleitungs-kampf treffen sich Merten gegen Artym. Der nächste Vorkämpf im Schwert findet am Freitag, den 22. September statt. Am diesem Tage treten die drei deutschen Weiler: Breitenkrater, Kaufmann und Graf zum Kampf an. Die Verhandlungen mit den in- und ausländischen Gegnern stehen dicht vor dem Abschluß.

# Gewerkschaftsbewegung

## Das Arbeitszeitgesetz für gewerbliche Arbeiter.

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich, wie den P.M. mitgeteilt wird, in Sitzungen am 7. und 8. September mit der Begutachtung des Gesetzentwurfs über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter. Der Entwurf, der vom Reichsarbeitsministerium vorgelegt wird, legt im engen Anschluß an die im November 1919 in Washington gefassten Beschlüsse der Internationalen Arbeitsorganisation beim Völkerbund, der Deutschland als Mitglied angehört, den Achttundentag gesetzlich fest. Der Wichtigkeit dieser Frage angemessen haben lange Beratungen eines Arbeitsausschusses und Sachverständigenberatungen stattgefunden.

Der erste Abschnitt des Entwurfs bestimmt den Geltungsbereich des Gesetzes. Zu den gewerblichen Arbeitern sind aus dem Kreise der Angestellten die Werkmeister und Techniker hinzugenommen worden, weil sie mit den gewerblichen Arbeitern in enger Arbeitsgemeinschaft stehen. Die Vertreter der Arbeitnehmer, insbesondere der Angestellten, wiesen dabei auf die Schwierigkeiten einer Trennung und verschiedenen gesetzlichen Behandlung von Arbeitnehmergruppen hin, die in der Praxis nicht immer streng zu scheiden sind. Sie verlangten die Vereinigung beider Gesetzentwürfe über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter und die der Angestellten in einem Gesetz. Die Vertreter der Arbeitgeber widersprachen dem mit der Begründung, daß die Aufgabe der Betriebsbeamten die Vorbereitung und ununterbrochene Fortleitung der Arbeit, so die Uebergabe bei Schichtwechsel, ist und ihre Arbeitszeit daher nicht gemeinsam mit der der Arbeiter geregelt werden könne, auch wenn sie in enger Arbeitsgemeinschaft steht. Sie verlangten daher die Verweisung der Werkmeister und Techniker in das Gesetz für die Angestellten. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums lehnte beide Auffassungen mit Hinweis auf die in der Demobilisierungsverordnung bestehende Regelung ab. Doch behielt sich der Ausschuss seine Entscheidung über die Vereinigung der beiden Arbeitszeitgesetze vor. Eine Einigung der Auffassungen ergab sich nicht, doch wurde der § 1 in der Fassung des Arbeitsausschusses mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen. Sie lautet:

„Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten für die in Gewerbebetrieben einschließlich des Handels und des Bergbaus beschäftigten gewerblichen Arbeiter, sowie für die mit ihnen in unmittelbarer Arbeitsgemeinschaft stehenden Betriebsbeamten; ferner für im Haushalt beschäftigte Arbeiter, soweit das Hausgehilfengesetz auf sie keine Anwendung findet.“

Bedenken eines Vertreters der Bergarbeiterschaft, daß durch diese Fassung für die im Bergbau unter Tage beschäftigten Arbeiter der Achttundentag als Normalarbeitszeit hingestellt werde, wurden vom Vertreter des Reichsarbeitsministeriums mit dem Bemerkten zerstreut, daß das Gesetz nur die Höchstarbeitszeiten festlege und Vereinbarungen über eine kürzere Arbeitszeit nicht berühre.

Der § 2 gibt eine Auslegung des Begriffs gewerblicher Arbeiter und rechnet dazu auch die Lehrlinge. Gegen diese Auffassung erhob ein Arbeitgebervertreter des Handwerks Widerspruch, weil das Verhältnis ein „Erziehungsverhältnis“ sei. Die Arbeitnehmer verteilten dagegen die Ansicht, daß es sich in der Praxis um ein Arbeitsverhältnis handle.

Gegenüber einem Antrag der Arbeitgeber der Landwirtschaft, die Landwirtschaft und ihre Nebenbetriebe sowie die mit ihr eng verbundenen Handwerksbetriebe von dem Gesetz auszunehmen, wies der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums darauf hin, daß für diese Betriebe der Entwurf nicht gelte. Doch wurde der Antrag der Landwirtschaft mit den Stimmen der Arbeitgeber gegen die der Arbeitnehmer (15 gegen 14) angenommen.

## Die wirtschaftlichen Forderungen der Gewerkschaften.

Unter dieser Ueberschrift schreibt Professor Lederer in Nr. 37 der „Weltwirtschaftlichen Korrespondenz“:

In den Forderungen der Gewerkschaften an die Reichsregierung zur Befämpfung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sieht das Verlangen nach Einschränkung und Verbot der Einfuhr von Luxusartikeln im Vordergrund. Auf diesem Wege sollen Einschränkungen des Verbrauchs erzielt werden. Eine solche Maßnahme mag zurzeit unentbehrlich sein, aber man muß sich dessen bewußt bleiben, daß sie eben nur eine Notstandsmaßnahme sein kann. Eine jede Einfuhrhemmung durch hohe Schutzzölle und Verbote ist bedenklich, denn sie verschärft den Gegensatz der Völker untereinander, wirft den heimischen Produzenten große Gewinne in den Schoß, schafft oft eine kurzfristige, scheinbare Interessensharmonie zwischen Unternehmern und Arbeitern. Gerade im gegenwärtigen Augenblick aber wird eine solche Maßnahme die Verurteilung zu einer Wiederherstellung der Weltwirtschaft sehr erschweren. Denn sie wird der Stimmung gegen Deutschland nicht förderlich sein. Durch die Prämie der schlechten Valuta fühlen sich die Auslandsmärkte ohnedies aufs äußerste von der deutschen Ware bedroht, und die fremden Interessenten haben überall Dumpingzuschläge und Zollerhöhungen durchgesetzt und spielen selbst mit dem Gedanken der Einfuhrverbote. In der Schweiz z. B. sind solche Einfuhrverbote zum Schutz des Schweizer Marktes bereits erlassen worden. Schlägt nun Deutschland denselben Weg ein, so gefährdet es sich selbst dadurch seine Zukunft, die es nur durch Ausgestaltung des Exportes sichern kann. Damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß der Luxuskonsum in Deutschland unbehelligt bleiben darf. Der normale Weg hierzu wäre die Ausgestaltung der Steuerleggebung, welche auch die hohen Einkommen so belastet, daß die Steuerträger zur

Verbrauchseinschränkung gezwungen sind. Gegenwärtig wird es bei rasch veränderlicher Valuta schwer möglich sein, die Steuerleggebung so auszubauen und vor allem so beweglich zu gestalten, daß dies Ziel erreicht werden kann. Daher ist auch für den Augenblick die von den Gewerkschaften geforderte Maßnahme zu billigen. Man muß nur darüber klar sein, daß es eine Notstandsmaßnahme ist und daß nach einer Stabilisierung der Verhältnisse gerade für die deutsche Volkswirtschaft wieder der freie Verkehr im Interesse der Arbeiterschaft angestrebt werden muß.

## Der Geschäftsgang des Gewerbegerichts.

Immer wieder führt das Gewerbegericht Klage darüber, daß ihm seine Arbeit besonders von den Arbeitnehmern, die den größten Teil der Klagen ausmachen, nicht nur nicht erleichtert, sondern auf eine Weise, die sich wirklich vermeiden ließe, erschwert wird. Vor einiger Zeit beispielsweise lief bei der Gerichtsschreiberei eine Klage ein, die kurz und bündig folgenden Wortlaut hatte: „Ich verklage die Firma . . . (Name)“ Aus welchem Grunde, sollte sich das Gericht anscheinend selbst denken. Es genügt aber auch nicht, wenn, wie das in sehr vielen Fällen geschieht, geschrieben wird: „. . . wegen Lohnforderungen.“ Vielmehr muß die ganze Angelegenheit genau auseinandergesetzt werden. Ursache, — wenn Lohnforderungen, in welcher Höhe — auch die Höhe muß begründet werden usw. Auch wenn, wie vor kurzem von einem Kläger, die Lohnforderungen, die sich auf eine Reihe von Monaten beziehen, genau spezifiziert werden, ist noch nicht alles gesagt; es muß auch der Klage nicht nur das Einzelergebnis, sondern auch das genaue Endergebnis des Geforderten hervorgehen. Das Gewerbegericht hat täglich eine derartige Menge von Fällen zu erledigen, daß es sich unmöglich darauf einlassen kann, bei jeder einzelnen Angelegenheit erst lange Ausrechnungen vorzunehmen. Es leidet also nicht nur die Schnelligkeit der Erledigung unter der ungenauen Ausdrucksweise, sondern die Aufnahme der Klage ist überhaupt in Frage gestellt, da das Gewerbegericht infolge zu großer Arbeitsüberhäufung genötigt ist, derartige Klagen dem Einsender zurückzuführen.

Auch über die Kosten eines Verfahrens bestehen noch immer erhebliche Unklarheiten. Wenn schon der Schlichtertermin zu einem positiven Resultat führt, ist die Klageerledigung kostenlos. Im andern Falle hängt die Höhe der Kosten vom Wert des Streitobjektes ab: für einen Wert von 20 M. werden 1,50 M., für 20 bis 50 M. 2,50 M., für 50 bis 100 M. 5 M. und jede weiteren 100 M. ebenfalls 5 M. berechnet. Die Zeugen- und Sachverständigengebühren, die der verurteilte Teil ebenfalls zu tragen hat, können nicht auf lange Zeit vorausbestimmt werden; gegenwärtig betragen die Zeugengehälter 15 M. pro Stunde, während die Gebühren für Sachverständige sich natürlich nach der Art der geforderten Tätigkeit richten.

## Lohnbewegung der Schilderemaler.

Die dem Verband der Porzellanarbeiter angehörenden Schilderemaler beschloßen am Montag in ihrer Branchensammlung im Lokal von Wollschläger, für die Zeit ab 16. September neue Lohnforderungen aufzustellen. Es wurden hierzu verschiedene Vorschläge gemacht. Schließlich stimmte die Versammlung dem Vorschlag zu, die Aufstellung der Forderung der Lohnkommission zu überlassen. Möglichenfalls soll der Schlichtungsausschuss angerufen werden.

Soweit entgegen den bestehenden Abmachungen Urlaubsgelder noch nicht bezahlt oder Nachzahlungen von den Arbeitgebern noch nicht geleistet sind, sollen die Fälle der Organisation zur Einleitung der erforderlichen Schritte gemeldet werden. Für die infolge des letzten Streiks ausgesperrten Kollegen wurde eine Unterstützung beschlossen.

## Die Metallarbeiter der Warenhäuser.

Eine Verammlung aller im Einzelhandel beschäftigten Metallarbeiter am Montag in den Residenzjahren nahm Stellung zu der Ausgleichszulage, die in dem zwischen dem Metallarbeiterverband und dem B.M.W. abgeschlossenen Tarif festgelegt worden ist. Diese Zulage sieht vorwiegend nur den in Klasse 1 und 2 eingereihten Arbeitern zu, die qualifizierte Arbeit leisten und nicht im Akkord beschäftigt werden. Die Zulage beträgt 5 bzw. 4 M. Die im Einzelhandel (Warenhäusern) beschäftigten Mitglieder des Metallarbeiterverbandes wollen diese Zulage auch für sich in Anspruch nehmen. Der Verbandvertreter Kollege Balke erklärte, daß die im Einzelhandel tätigen Mitglieder als qualifizierte Arbeiter zu betrachten sind. Der Verband werde sich bemühen, ihnen die Zulage zu verschaffen. — Ein Beschluß, der vom Verband fordert, mit den Arbeitgebern in Verhandlungen zu treten, wurde einstimmig gefaßt.

## Achtung, Metallschleifer und Galvanisierer!

Wie und mitgeteilt wird, legen die Arbeitgeber des Verbandes der Metallschleifereien und galvanischen Anstalten den Kollegen Arbeitsordnungen zur Unterschrift vor. Wir empfehlen unseren Kollegen, die Unterschrift abzulehnen. Eine Arbeitsordnung soll von Verband zu Verband vereinbart werden. Die Ortsverwaltung.

Metallarbeiter. Donnerstag 6 Uhr in der Humboldt-Academie, Gartenstr. 15, Versammlung sämtlicher Funktionäre des Metallarbeiterverbandes, soweit sie aus dem Boden der A.M.S. am 8. September Gewerkschafts-Internationale haben. Die letzten Vorgänge im Kampfe gegen die Gewerkschaft. Praktisches Erleben unbedingt erforderlich. Die Fraktionsvorsitze.

Die Lokomotivbauwerkstatt in Nantes hatte 37 Arbeiter entlassen und weitere Entlassungen angekündigt, im Falle eines Streiks jedoch die Stilllegung des Betriebes. Da der Streik einlegte, wurde der Betrieb mit 2000 Arbeitern geschlossen.

# Wirtschaft

## Bargeldlose Lohnzahlungen.

Zu unserem Artikel unter diesem Titel schreibt uns ein Angekletter:

Ich halte eine Zahlung in Schecks für gänzlich verfehlt; schon aus dem Grunde, weil damit direkt Urkundenfälscher erzogen werden. Um den zurzeit herrschenden Geldmangel teilweise zu beheben und die Notenpresse nicht unnötig arbeiten zu lassen, halte ich es für zweckmäßig, folgendes zu erwägen: Zurzeit werden für Angestellte, welche monatliche Gehälter beziehen, am Tage der Zahlung große Summen benötigt. Mit dem Tage, wo die Gehälter von den Banken abgehoben werden, verschwinden auf die Zeit von circa 4 Wochen große Summen von Noten, sie befinden sich nicht mehr im Umlauf, weil der Angestellte für 4 Wochen das Geld zurückerlegen muß. Infolgedessen macht sich am Anfang eines jeden Monats ganz besonders eine Knappheit an Zahlungsmitteln bemerkbar. Dies könnte man vermeiden, wenn der Angestellte wöchentliche Lohnzahlungen hätte. Dadurch verbleiben der Allgemeinheit große Summen zur Verfügung. Die Noten von den übrigen 3 Wochen bleiben im Verkehr, und ich glaube, der Mangel an Zahlungsmitteln wird dadurch ganz erheblich nachlassen. In dieser Angelegenheit ist bekanntlich vor etwa 8 Wochen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller bereits verhandelt worden, der Vorschlag einer 14tägigen Zahlung ist aber vom Verband Berliner Metallindustrieller abgelehnt worden. Auch schickte der Vorschlag an dem Widerstand der Angestellten einer freien Gewerkschaft.

Hierzu haben wir zu bemerken: Der Einwand, daß mit der Einführung von Schecks Urkundenfälscher großgezogen werden, ist nicht stichhaltig. Mit demselben Recht könnte man behaupten, daß durch Banknoten die Notenfälscher „erzogen“ worden seien. Und doch ist in dem Milliardenverkehr von Noten die Zahl der Fälschungen verhältnismäßig gering. Die Kontrolle der Schecks ist grundsätzlich eher als die der Noten, besonders dann, wenn die Zahlungsanweisungen eine beschriftete Laufzeit haben, etwa eine Einlösefrist von 10—20 Tagen (die zweckmäßige Grenze wird die Praxis ergeben). Während auch die gefälschte Banknote — vorausgesetzt, daß sie einmal im Verkehr ist — monatelang von Hand zu Hand gehen kann, gelangt der Scheck binnen der Frist, auf die er lautet, an die Bank zurück, wird geprüft und verichwidert aus dem Verkehr.

Die wöchentlichen Lohnzahlungen sind gewiß ein Mittel zur Einschränkung des Notfortig am Monatsende auftauchenden Notenbedarfs. Ob mit ihrer allgemeinen Einführung aber allen Angestellten gebient wäre, ist immerhin fraglich. Sie werden allenfalls ein Notbehelf sein, keine Maßnahme auf lange Sicht. Die Einschränkung der Angestellten und Arbeiter in den bargeldlosen Verkehr, die sich ja nicht nur auf die Lohnzahlung erstrecken würde, sondern darüber hinaus im Verkehr mit Kleinhändlern, Konsumvereinen usw. Zahlungsmittel ersparen würde, wäre dazu ein geeigneteres Mittel, vorausgesetzt, daß die nötigen Sicherungen geschaffen werden. Es mag bei dieser Gelegenheit daran erinnert werden, daß schon vor dem Kriege in manchen Ländern, besonders in England, der bargeldlose Zahlungsverkehr auch für kleinere Zahlungen im Gebrauch gewesen ist. Das zeigt, daß selbst bei kleinen Beträgen — wie bei einem Wochenlohn — die bargeldlose Erledigung von Zahlungen durchaus möglich ist und daß man sich wohl keine Gedanken machen sollte, wie sie bei der gegenwärtigen Zahlungsmittelknappheit nutzbar gemacht werden könnte, um eine überhöfete Tätigkeit der Notenpresse zu verhindern.

Der Postcheckverkehr im Juli hat nach den jetzt mitgeteilten Ausweisen abermals eine Ausdehnung erfahren. Die Zahl der Postcheckkonten betrug in runden Ziffern 833 000 (gegen 827 000 im Juni). Es erfolgten im Juli 40,2 Millionen Gut- und Lastschriften (37,1 Millionen), durch die ein Gesamtbetrag von rund 392 Milliarden Mark (319 Milliarden) verbucht worden ist. Das durchschnittliche Gesamtaufgaben der Postcheckkunden betrug über 25 Milliarden Mark (21,4). Der stärkste Teil des Geldumlaufes im Postcheckverkehr erfolgte bargeldlos, nämlich 85,2 Proz. Im Jahre 1913 gab es erst 102 511 Postcheckkunden, die bei den Postcheckämtern über ein Guthaben von 198 Millionen Mark verfügten und Ein- und Auszahlungen in Höhe von 41,58 Milliarden Mark bewirkten. Gegenüber 1913 hat sich also die Zahl der Postcheckkunden um mehr als das Sechsfache vergrößert, das Guthaben um mehr als das 17fache und der Gesamtaufschlag im Postcheckverkehr um das 16fache. Daraus geht hervor, daß die Steigerung des Umlaufes im Postcheckverkehr, trotz der hohen Ziffern, erheblich hinter der Steigerung des Umlaufes an Barmitteln zurückgeblieben ist.

Die russischen Radiumerze im Ferghana-Gebiet. Wie die wirtschaftsamtliche „Ekonamitschessaja Slesin“ meldet, hatte das Außenhandelskommissariat von einer deutschen Firma einen Vorschlag auf Ausbeutung und Verarbeitung der russischen Radiumerzorkommen im Ferghana-Gebiet erhalten. Die russische Hauptbergwerksverwaltung hat sich nun abweichend zu diesem Vorschlag geäußert, da es nicht erwünscht sei, das einzige russische Radiumvorkommen ausländischen Konzessionären zu übergeben, und da die Verarbeitung der Erze auch in Rußland mit Erfolg betrieben werden könnte.

Verantwortlich für den Inhalt: Felix Schill, Berlin; für Anzeigen: E. Gleditsch, Berlin. Verlag: Bornemann-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornemann-Verlagdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

## Strickjacken

aller Art, Jumper, Kimonos, Strand-Äckchen etc. — Einzelverkauf bester Qualitätsware

Billigste Bezugsquelle

Brano Richter, Berlin - Pankow, Mendelstr. 36, 1. Fabrik-Niederlage Thüring. Wollwaren, Straßenbahn 46, 47, 49, 51, 57, 151, 116. Fernruf: Pankow 3723.

## Zahngebisse

Gold-, Silber-, Platin-Druckvergold. Gegenstände genau denselben Wert kaufen und zahlst höchste Tagespreise Barheine Edelmetallverwertung Invalidenstr. 2, v. 1. rechts, kein Laden Eingang Elisabethkirchstraße

## Metal - Bettstellen

Fürst, Neukölln, Hermann Str. 38. Kinderwagen Bettfedern Körbmöbel. Fabr. I. Kubebett, Anlegensplatz, u. Faidherbestraße. Fabrikpreise, Lieferung in Neukölln und angrenzende Gegend drei Haus.

## Gold Silber Platin

Bruch Brillanten kauft reell zu höchsten Tageskursen C. Käferle Uhrmacher - Juwelier Frankfurter Allee 278

Metal Osten Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Restehandlg. Haarpuder Goltzstr. 2. Seiden, Samt, sämtliche Futterartikel bedenkend unter Preis

Kleide Dich billig!

K D D B

Kleide Dich billig!

## Kleider - Versorgung

G. m. b. H.

Solide Kleidung zu billigen Preisen: Herren-Anzüge - Paletots - Schlüpfer - Hosen Damen-Mäntel - Kleider - Röcke - Blusen Knaben- und Mädchen-Kleidung Besichtigung ohne jeden Kaufzwang. Werktätlich geöffnet von 9 bis 1 und 3 bis 7 Uhr

Charlottenburg 46-47 Wilmsdorfer Straße 46-47 Ecke Schillerstr. I. Etage - Kein Laden - I. Etage

Kleide Dich billig!

K D D B

Kleide Dich billig!

## Gold Silber Platin

Bruch Zahngebisse Erich Fuhrmann Goltzstr. 13

Stoff-Reste-Kaus A. M. Siechenbart 10 Kottbuser Damm 10

Schöne Reste für Herren-Anzüge Mäntel Kostüme Kleider in Stoff, Samt und Seide, sowie Futterstoffe. Größte Auswahl streng reell in Quantitäten. Goltzstr. 13, 1. Etage

## Quecksilber

kauft höchstzählend Heinrich Trapp, Benhurstr. 10 (Laden nahe Spittelmarkt)

Korpulenz - Fettlieblichkeit sind Dr. Hoffmanns art. griff. Sättigungs - Tabletten ein vollkommen wirksames u. erfolgreiches Mittel ohne Einhalten einer Diät. Reine Schilddrüse, reine Blutzellen, reines Blut. Preis: 2 Mark. Apotheke SW 19, Leipziger Str. 74, Dönhofspt.

Zahngebisse Gold-, Silber-, Platin-Druck Gegenstände aller Art kaufen reell u. zahlst höchste Tagespreise Barheine Edelmetallverwertung Invalidenstr. 2, v. 1. rechts, kein Laden Eingang Elisabethkirchstraße